

Anlage 1 zu Top 9

**FDP - Fraktion / CDU - Fraktion
im Rat der Gemeinde Eitorf**

Gemeinde Eitorf
Herrn Bürgermeister
Dr. Rüdiger Storch
Am Markt 1

GEMEINDE EITORF				
Eingang				
16.08.11 11-12				
10	/	/	/	/

53783 Eitorf

Eitorf, den 15. Aug. 2011

Gemeinsamer Antrag von FDP/ CDU - Fraktion zur Ausweisung von Vorrang- oder Konzentrationsräumen für Windenergieanlagen sowie zur Realisierung eines interkommunalen Projektes mit der Stadt Hennef im Bereich der Nutzung von Windenergie

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

wir bitten, den folgenden gemeinsamen Antrag, der sachgleich auch von den beiden Hennefer Stadtratsfraktionen der CDU/ FDP in den dortigen Rat eingebracht werden wird, an den zuständigen Ausschuss zur Beratung und Beschlussfassung zu übermitteln.

Beschlussvorschlag

1. Die Gemeinde Eitorf prüft die rechtlichen, technischen und ökologischen Voraussetzungen zur Ausweisung von Vorrang- oder Konzentrationsräumen für Windenergieanlagen durch Flächennutzungs- oder Bauleitplan im baurechtlichen Außenbereich in der Gemeinde Eitorf. Ein Schwerpunkt -Suchraum soll dabei die Kammlage südlich des Ortsteils Lindscheid beidseits der K 27 bis zur Gemeindegrenze sein.
2. Gegenüber der Stadt Hennef wird angeregt, dort eine vergleichbare Eignungsprüfung mit einem Schwerpunktsuchraum nördlich der B 8 zwischen Landesgrenze und Gemeindegrenze Hennef/Eitorf durchzuführen.

3. Sofern diese Eignungsprüfungen ergeben, dass die tatsächlichen und rechtlichen Voraussetzungen für Vorrang- oder Konzentrationsräume für Windenergieanlagen vorliegen, sollen die entsprechenden planerischen Maßnahmen, mit begleitender Bürgerinformation, eingeleitet werden. Sofern sich Flächen in beiden o.g. Schwerpunkt-Suchräumen als geeignet erweisen, sollen diese Vorrang erhalten und wird die Verwaltung beauftragt, gemeinsame Planungsinstrumente als interkommunales Gemeinschaftsprojekt mit der Stadt Hennef zu entwickeln und einzurichten. Bei Vorliegen der Voraussetzungen soll die gemeinsame Planung in eine gemeinsame Umsetzung münden.
4. Perspektivisch sollen die Errichtung und der Betrieb der Windkraftanlagen durch private Investoren, möglichst mit Bürgerbeteiligung, erfolgen.

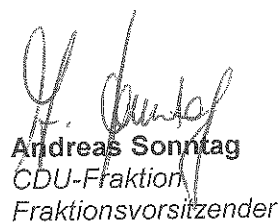
Begründung

Seit Mitte des Jahres 2011 haben Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat mit großer Mehrheit den Atomausstieg und damit die Energiewende in Deutschland beschlossen. Die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende bedingt größere Kapazitäten beim Einsatz erneuerbaren Energien auf allen Ebenen. In diesem Sinne ist es sinnvoll und notwendig auch in den Kommunen nach entsprechenden Realisierungsmöglichkeiten zu suchen. Eine Prüfung der Flächen entlang der K 27 / B8 bietet sich unseres Erachtens dafür an und eröffnet zudem eine Möglichkeit für eine erfolgreiche interkommunale Kooperation mit der Stadt Hennef auf dem Gebiet der alternativen Energiegewinnung.

Mit freundlichen Grüßen



Rüdiger Gräf
FDP-Fraktion
Fraktionsvorsitzender



Andreas Sonntag
CDU-Fraktion
Fraktionsvorsitzender